



Schweizer Tierschutzrecht Gravierende Mängel bei der Umsetzung

Die Schweiz verfügt im internationalen Vergleich über ein durchaus strenges Tierschutzrecht, wenngleich aus der Sicht des Tierschutzes auch hierzulande noch erhebliches Verbesserungspotenzial besteht. Ebenso entscheidend wie die Tierschutzbestimmungen selbst ist jedoch ihre konsequente Umsetzung. Gerade in diesem Bereich hapert es aber in vielen Kantonen.

Auch im Tierschutzrecht gilt die Binsenweisheit, dass jedes Gesetz nur so gut ist, wie es letztlich umgesetzt wird. Die Wirksamkeit der Vorschriften ist also nicht nur von ihrem Wortlaut abhängig, sondern vor allem auch von ihrer tatsächlichen Anwendung in der Praxis. Und gerade hier zeigen sich gravierende Mängel, vor allem wenn es um die Durchsetzung des strafrechtlichen Tierschutzes, das heisst um die Verfolgung und Ahndung von Tierquälereien und anderen Tierschutzdelikten, geht.

Zahlenmässig hat sich der Vollzug des strafrechtlichen Tierschutzes in den letzten zehn Jahren allerdings stark verbessert. Während 1990 in der ganzen Schweiz nur gerade 116 Strafverfahren wegen Tierschutzdelikten durchgeführt wurden, waren es 2000 bereits 325 und 2010 sogar 1063. 2011 wurde mit 1246 Verfahren

ein neuer Höchstwert erreicht. Insgesamt werden Straftaten an Tieren heute also nachweislich viel häufiger zur Kenntnis genommen, zur Anklage gebracht und geahndet als noch vor wenigen Jahren.

Hohe Dunkelziffer bei Tierschutzfällen

Diese Entwicklung ist unbestritten positiv; sie darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die vermutete Dunkelziffer nicht untersuchter Tierschutzfälle nach wie vor enorm ist. Zudem lässt sich die beachtliche Zunahme der Anzahl verfolgter Tierschutzdelikte in erster Linie auf die pflichtbewusste Strafverfolgung einiger weniger Kantone – namentlich Bern, St. Gallen, Zürich und Aargau – zurückführen. In etlichen anderen Kantonen (so etwa in Glarus, Genf, dem Wallis und der Innerschweiz) hat sich die Situation in den letzten Jahren hingegen nur

unwesentlich verbessert. Die von der Stiftung für das Tier im Recht (TIR) auf der Grundlage ihrer Straffälle-Datenbank erstellten Jahresanalysen der Schweizer Tierschutzstrafpraxis belegen regelmässig, dass der Verfolgung von Tierschutzdelikten vielerorts noch immer zu wenig Beachtung geschenkt wird. Die elektronische Fallsammlung mit mittlerweile rund 10 000 registrierten Tierschutzstrafverfahren seit 1982 ist auf www.tierimrecht.org ebenso abrufbar wie die ausführlichen Jahresanalysen der TIR.

Verschiedene Ursachen für Vollzugsängel

Das teilweise dramatische Vollzugsdefizit hat vielfältige Gründe. Ein Hauptproblem liegt darin, dass die zuständigen Behörden von Straftaten an Tieren oftmals gar keine Kenntnis erlangen, weil sich diese



Es ist verboten, Hunde permanent an der Kette zu halten



Oft vorkommende Schweine-Massentierhaltung in der Schweiz. Doch die Behörden schauen weg

im Verborgenen oder in den abgeschirmten Räumlichkeiten der Täter – die nicht selten mit den Haltern der betroffenen Tiere identisch sind – ereignen. Leider sehen allfällige Augenzeugen zudem häufig von einer Strafanzeige ab.

Doch auch den Strafverfolgungsorganen gemeldete oder von ihnen selbst festgestellte Taten werden längst nicht immer konsequent untersucht, obwohl dies bei sämtlichen Tierschutzdelikten von Amtes wegen – und nicht lediglich auf Antrag des Tierhalters hin – geschehen müsste. Dennoch werden Verdachtsmomente im Rahmen der polizeilichen Ermittlung oder staatsanwaltschaftlichen Untersuchung vielfach nur oberflächlich oder überhaupt nicht geprüft. Den zuständigen Behörden mangelt es oftmals nicht nur an personellen und zeitlichen Kapazitäten, sondern auch an den nötigen Fachkenntnissen im Tierschutzrecht. Bisweilen fehlt ihnen jedoch schlicht auch das Interesse an der Thematik.

Konsequente Durchsetzung der Strafbestimmungen erforderlich

Einem konsequenten Tierschutzvollzug zuwider läuft auch die Praxis etlicher kantonaler Veterinärämter, Gesetzesverstöße allein auf dem Verwaltungsweg

oder im persönlichen Gespräch mit fehlbaren Tierhaltenden anzugehen, ohne sie einer parallelen Strafverfolgung zuzuführen – obschon sie hierzu klar verpflichtet wären. Zweifellos sind Administrativmittel (Bewilligungsentzug, Beschlagnahme, Tierhalteverbot etc.) für den unmittelbaren Tierschutz am wirkungsvollsten. In vielen Fällen kann damit auf Missstände sofort reagiert werden. Für die betroffenen Tiere sind entsprechende Massnahmen darum unverzichtbar; sie ersetzen jedoch nicht eine angemessene Verfolgung bereits verübter Delikte (dasselbe gilt natürlich auch, wenn der fehlbare Tierhalter mit Subventionskürzungen belegt wird). Bei Straftaten muss neben einem allfälligen verwaltungsrechtlichen Verfahren zum direkten Schutz der Tiere stets auch ein strafrechtliches gegen den Täter geführt werden. Diese konsequente Umsetzung der Strafbestimmungen dient nicht nur der Schärfung des gesellschaftlichen Bewusstseins für einen respektvollen Umgang mit Tieren, sondern entfaltet auch eine starke Präventivwirkung zur Verhinderung weiterer Tierschutzverstöße.

Weitere Vollzugsmängel zeigen sich bei der Untersuchung und gerichtlichen Beurteilung von Tierschutzdelikten. Nicht selten sind die zuständigen Behörden mit

den einschlägigen Bestimmungen zu wenig vertraut, was eine teilweise sehr uneinheitliche Strafpraxis zur Folge hat. Gewisse Tatbestände werden kaum je angewendet, andere sogar überhaupt nie. So ist bis anhin keine einzige Verurteilung wegen Qualzuchten erfolgt, die – obwohl sie das geltende Recht klar untersagt – in der Praxis immer noch alltäglich sind. Berührungängste bestehen aber beispielsweise auch bei der Anwendung des Tierquälereiartikels im Pferdesport, bei der Umsetzung des Schutzes der Tierwürde oder beim Verbot von sexuellen Handlungen mit Tieren (Zoophilie). Letztlich sind die ausgefallenen Sanktionen oftmals viel zu mild, sodass sie weder dem Leiden der betroffenen Tiere gerecht werden noch einen abschreckenden Effekt auf den Täter und die Gesamtgesellschaft entfalten.

Dringender Handlungsbedarf

Im Vollzug des strafrechtlichen Tierschutzes besteht also nach wie vor dringender Handlungsbedarf. Es kann nicht angehen, dass Tierschutzdelikte weiterhin bagatellisiert und statt der Opfer die Täter geschützt werden. Mancherorts hat der erforderliche Bewusstseinswandel mittlerweile zwar eingesetzt und sind klare Verbesserungen erkennbar. Zur Behebung



Obwohl sie in der Schweiz verboten sind, gab es noch keine einzige Verurteilung wegen Qualzuchten!

des insgesamt noch immer erheblichen Defizits bedarf es aber landesweit einer weiteren Sensibilisierung für die Anliegen der Tiere und die Bedeutung des Rechts für deren Schutz. Tierquälereien sind keine Kavaliersdelikte, sondern müssen in jedem Einzelfall konsequent und mit der gleichen Gewissenhaftigkeit verfolgt werden wie Straftaten gegen Leib und Leben von Menschen. Dies betrifft bereits die polizeilichen Ermittlungen, die für die Beweissicherung und damit für das ganze Tierschutzstrafverfahren oftmals von entscheidender Bedeutung sind. Dasselbe gilt natürlich auch für Strafanzeigen und Hinweise aus der Bevölkerung.

Die zuständigen Behörden haben das Tierschutzstrafrecht aber nicht nur strikter, sondern auch klarer und einheitlicher als bislang umzusetzen. Die korrekte Interpretation und Anwendung der einschlägigen Bestimmungen setzt einiges an Fachwissen voraus. Um die neuralgischen Stellen (Veterinärbehörden, Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte) mit engagierten und kompetenten Personen besetzen zu können, ist deren vertiefte Ausbildung im Tierschutz und Tierschutzrecht unverzichtbar.

Ein wesentliches Problem für den Vollzug liegt zudem im Umstand, dass es in

den allermeisten Kantonen an einer spezifischen Vertretung der Interessen der Tiere – die diese naturgemäss nicht selber wahrnehmen können – fehlt. Von der für das Strafverfahren fundamentalen Waffengleichheit zwischen Opfern und Tätern kann also keine Rede sein. Die Verantwortung für die Schaffung geeigneter Strukturen und Instrumente für die Durchsetzung des Tierschutzstrafrechts liegt bei den Kantonen. Seit sich diese 2010 geschlossen gegen die schweizweite Einführung von Tieranwälten ausgesprochen haben, stehen sie umso mehr in der Pflicht, den Vollzug auf andere Weise sicherzustellen.

Damit die an sich klaren Bestimmungen des strafrechtlichen Tierschutzes nicht lediglich toter Buchstabe bleiben, sind die aufgezeigten Mängel unverzüglich anzugehen. Alles andere widerspricht nicht nur dem Wortlaut und Sinn des Gesetzes, sondern auch dem dahinter stehenden unmissverständlichen Volkswillen, wonach Tierquäler für ihre Taten angemessen zur Verantwortung zu ziehen sind.

- Dr. iur. Gieri Bolliger
lic. iur. Andreas Rüttimann,
Stiftung für das Tier im Recht (TIR)

STIFTUNG FÜR DAS TIER IM RECHT

Die TIR ist eine gemeinnützige und unabhängige Tierschutzorganisation, die sich seit 1995 beharrlich für eine kontinuierliche Verbesserung der Mensch-Tier-Beziehung engagiert. Schweizweit einzigartig fokussiert sie dabei vor allem auf juristische Aspekte. Um die Hebelwirkung des Rechts auszunutzen, erarbeitet die TIR solide Grundlagen für strenge Gesetze sowie ihren konsequenten Vollzug. Sie hilft so nicht nur in Einzelfällen, sondern generell und allen Tieren.

Unter anderem hat sie massgeblich dazu beigetragen, dass Tiere im Schweizer Recht nicht mehr als Sachen gelten und der Schutz ihrer Würde auf Verfassungs- und Gesetzesebene verankert ist. Mit ihrer umfangreichen publizistischen Tätigkeit und ihrem breiten Dienstleistungsangebot hat sich die TIR in den letzten Jahren als Kompetenzzentrum für Fragen zum Tier in Recht, Ethik und Gesellschaft etabliert.

Stiftung für das Tier im Recht (TIR)
www.tierimrecht.org
Spendenkonto PC 87-700700-7



Um abzuschrecken, müssen Strafen die Tierquäler auch wirklich treffen

Législation suisse sur la protection des animaux

Des lacunes graves dans l'application

En comparaison internationale, la Suisse dispose d'une législation extrêmement sévère en matière de protection des animaux, même s'il existe dans notre pays aussi un potentiel d'amélioration considérable, du point de vue de la protection animale. Mais tout aussi décisive que les dispositions elles-mêmes de la protection animale est leur application systématique. Mais c'est justement dans ce domaine que des points faibles subsistent dans de nombreux cantons.

Dans la législation sur la protection des animaux, le truisme selon lequel toute loi n'est bonne que dans la mesure où elle est finalement appliquée vaut également. L'efficacité des prescriptions ne dépend donc pas seulement de leur libellé, mais aussi et surtout de leur application effective dans la pratique. Et c'est justement là que des lacunes graves se révèlent, surtout lorsqu'il s'agit de l'imposition de la protection des animaux relevant du droit pénal, c'est-à-dire de la poursuite et de la recherche d'actes de cruauté envers les animaux et d'autres délits en matière de protection animale.

Toutefois, du point de vue des chiffres, l'exécution du droit pénal en matière de protection animale s'est fortement améliorée au cours des dix dernières années. Alors qu'en 1990 dans toute la Suisse, seules 116 procédures pénales ont été réalisées pour délits contre la protection des animaux, en 2000 ce nombre était déjà de 325 et en 2010 même de 1063. En 2011, une nouvelle valeur record a été atteinte, avec 1246 procédures. Dans l'ensemble, il est prouvé que l'on prend connaissance

des actes punissables envers des animaux, qu'ils font l'objet de plaintes et de sanctions beaucoup plus souvent qu'il y a encore quelques années seulement.

Grand nombre de cas non signalés de violations de la protection des animaux

Il est incontestable que cette évolution est positive; mais il ne faut pas se leurrer, le nombre supposé de cas non signalés et non examinés reste énorme. En outre, l'augmentation considérable du nombre de délits de protection animale poursuivis est attribuable en premier lieu à la poursuite pénale consciencieuse de quelques rares cantons – qui sont Berne, Saint-Gall, Zurich et Argovie. En revanche, la situation ne s'est améliorée que de façon insignifiante dans plusieurs autres cantons (par exemple Glaris, Genève, Valais et Suisse centrale). Les analyses annuelles de la pratique pénale suisse en matière de protection animale, établies par la Stiftung für das Tier im Recht (TIR) sur la base de sa banque de données des cas pénaux, documentent régulièrement que la

poursuite de délits de protection animale fait toujours l'objet de trop peu d'attention. Le recueil de cas électronique contenant désormais quelque 10 000 procédures pénales de protection des animaux enregistrées depuis 1982 peut être consulté sur www.tierimrecht.org, de même que les analyses annuelles détaillées de la TIR.

Diverses causes de la carence

Le déficit parfois dramatique est dû à des causes multiples. Un problème majeur est que les autorités compétentes n'ont souvent même pas connaissance d'actes punissables commis sur des animaux, parce qu'ils se produisent en cachette ou dans les locaux abrités des auteurs – qui sont souvent identiques aux détenteurs des animaux concernés. Malheureusement, les éventuels témoins oculaires s'abstiennent souvent de déposer une plainte pénale.

Mais même les actes annoncés aux organes de poursuite pénale ou constatés par ceux-ci eux-mêmes ne sont de loin pas toujours examinés systématiquement, et ce bien



Il est interdit de garder les chiens enchaînés en permanence



Détention de porcs en masse souvent rencontrée en Suisse
Mais les autorités détournent le regard

que la loi exige que ce soit le cas lors de tous les délits de protection animale, et non uniquement à la demande du propriétaire de l'animal. Cependant, des moments de suspicion ne sont souvent examinés que superficiellement, voire pas du tout, dans le cadre de l'enquête policière ou du ministère public. Les autorités compétentes manquent souvent non seulement de personnel et de temps, mais aussi des connaissances professionnelles nécessaires dans la législation sur la protection des animaux. Parfois elles ne sont tout simplement pas intéressées par cette thématique.

Une application systématique des dispositions pénales est nécessaire

La pratique de plusieurs services vétérinaires cantonaux consistant à aborder du point de vue administratif seulement ou en dialogue personnel avec des propriétaires d'animaux fautifs, sans les soumettre à une poursuite pénale parallèle – alors qu'ils seraient clairement obligés de le faire – va également à l'encontre d'une exécution cohérente de la protection animale. Sans aucun doute, les moyens administratifs (retrait d'autorisation, confiscation, interdiction de détenir des animaux, etc.) sont les plus efficaces pour la protection animale immédiate. Cela permet

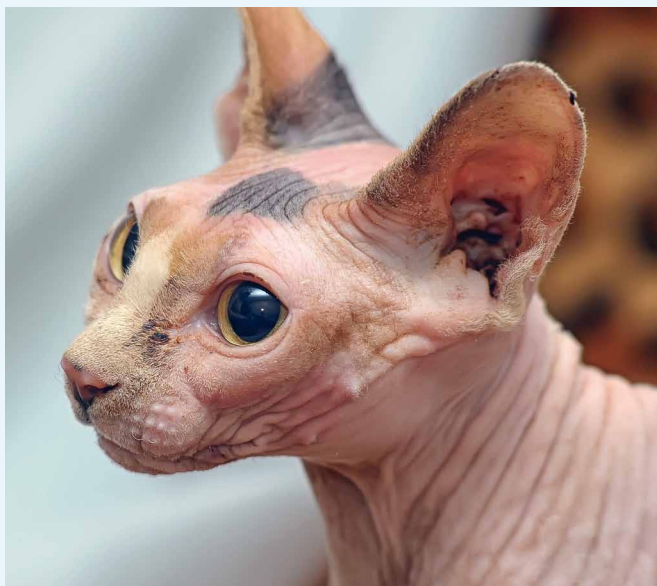
de réagir immédiatement à des irrégularités dans de nombreux cas. Pour les animaux concernés, des mesures correspondantes sont donc indispensables; mais elles ne remplacent pas une poursuite appropriée des délits déjà commis (il en va de même, bien entendu, si le propriétaire d'animaux fautif est frappé de réductions des subventions). En cas d'actes punissables, il faut toujours entamer une procédure pénale pour la protection directe des animaux, en plus d'une procédure administrative éventuelle. Cette application systématique des dispositions pénales sert non seulement à accentuer la conscience sociale d'une attitude respectueuse envers les animaux, mais elle déploie aussi un effet préventif important pour empêcher d'autres infractions à la protection animale.

D'autres déficits d'exécution se révèlent lors de l'enquête et de l'évaluation judiciaire sur les délits de protection animale. Il n'est pas rare que les autorités compétentes soient trop peu familiarisées avec les dispositions en vigueur, ce qui a pour conséquence une pratique pénale parfois très peu homogène. Certains états de fait ne sont presque jamais appliqués, d'autres même jamais. Ainsi, à ce jour il n'y a pas eu une seule condamnation pour élevages cruels qui – bien qu'interdits

clairement par la législation en vigueur – sont toujours courants dans la pratique. Il existe aussi de la méfiance par exemple dans l'utilisation de l'article de cruauté envers les animaux dans le sport équestre, dans l'application de la protection de la dignité animale ou dans l'interdiction d'actes sexuels sur des animaux (zoophilie). En fin de compte, les sanctions prises sont souvent beaucoup trop légères, de sorte qu'elles ne compensent pas les souffrances des animaux concernés et ne déploient aucun effet décourageant sur les auteurs et sur l'ensemble de la société.

Nécessité urgente d'agir

Il y a donc toujours nécessité urgente d'agir dans la protection animale du point de vue du droit pénal. Il est totalement injuste que des délits de protection animale continuent à être minimisés et que l'on protège les auteurs au lieu des victimes. Dans certains domaines, le changement de conscience nécessaire est certes intervenu entre-temps et de nettes améliorations sont perceptibles. Mais pour combler le déficit total encore considérable, il faut dans tout le pays une sensibilisation supplémentaire aux préoccupations des animaux et à l'importance de la législation pour leur protection. Les mauvais traitements envers les animaux ne sont



Bien qu'ils soient interdits en Suisse, aucun élevage «contre nature» n'a encore fait l'objet d'une seule condamnation!

pas des peccadilles; ils doivent faire l'objet de poursuites dans chaque cas individuel, avec le même degré d'intégrité professionnelle que les actes répréhensibles portant atteinte à la vie ou à l'intégrité corporelle des humains. Ceci concerne déjà les enquêtes de police, qui sont souvent d'une signification décisive pour la fourniture de preuves et donc pour toute la procédure pénale en matière de protection animale. Bien entendu, il en est de même des plaintes pénales et des indications de la population.

Mais les autorités compétentes doivent non seulement appliquer le droit pénal sur la protection des animaux de manière plus stricte, mais aussi plus claire et plus uniforme que jusqu'ici. L'interprétation et l'application correctes des dispositions correspondantes présuppose une part importante de connaissances professionnelles. Afin de pourvoir les offices névralgiques (autorités vétérinaires, police, ministères publics et tribunaux) de personnes engagées et compétentes, il est indispensable de former celles-ci de manière approfondie en matière de protection des animaux et de la législation y afférente.

Un problème considérable pour l'exécution réside en outre dans la circonstance que dans la vaste majorité des cantons, il

manque une défense spécifique des intérêts des animaux, qui ne peuvent pas se défendre eux-mêmes, naturellement. Il ne saurait donc être question d'une égalité d'armes entre les victimes et les auteurs, fondamentale pour la procédure pénale. La responsabilité de la création de structures et d'instruments appropriés pour l'imposition du droit pénal en matière de protection des animaux incombe aux cantons. Depuis que ceux-ci se sont prononcés en 2010 résolument contre l'instauration dans toute la Suisse d'avocats des animaux, ils ont d'autant plus l'obligation de garantir l'exécution d'une autre manière.

Afin que les dispositions du droit pénal de la protection des animaux, qui sont claires en soi, ne restent pas lettre morte, les défauts révélés doivent être abordés sans délai. Tout le reste est non seulement en contradiction avec le libellé et le sens de la loi, mais aussi avec la volonté populaire sans ambiguïté qu'elle recèle selon laquelle les tortionnaires d'animaux doivent répondre de manière appropriée de leurs actes.

- Gieri Bolliger, dr en droit
Andreas Rüttimann, lic. en droit,
Stiftung für das Tier im Recht (TIR)

STIFTUNG FÜR DAS TIER IM RECHT

La TIR est une organisation de protection animale d'utilité publique et indépendante, qui s'engage opiniâtrément depuis 1995 pour une amélioration continue de la relation entre l'homme et l'animal. Unique en Suisse, elle se focalise surtout sur les aspects juridiques de la question. Pour exploiter l'effet de levier de la législation la TIR élabore des bases solides pour des lois sévères et leur exécution systématique. Elle aide donc non seulement dans des cas particuliers, mais tous les animaux de façon générale.

Elle a notamment fourni une contribution considérable à ce que les animaux ne soient plus considérés dans le droit suisse comme des choses et à ce que la protection de leur dignité soit ancrée au niveau de la constitution et des lois. Avec sa vaste activité journalistique et sa large offre de prestations de services, la TIR s'est établie au cours des dernières années comme un centre de compétence pour les questions relatives à l'animal dans la législation, l'éthique et la société.

Stiftung für das Tier im Recht (TIR)
www.tierimrecht.org
Compte pour les dons CP 87-700700-7



Pour décourager, les peines doivent vraiment affecter les bourreaux d'animaux



Diritto svizzero sulla protezione degli animali Lacune eclatanti in fase di implementazione

La Svizzera possiede, nel confronto internazionale, un diritto piuttosto severo in materia di protezione degli animali, anche se pure da parte della protezione animale qui c'è ancora un grande potenziale di miglioramento. Tanto decisiva quanto le disposizioni in materia di protezione degli animali stesse è però la loro coerente implementazione ed è proprio in questo campo che si registrano delle carenze in molti cantoni.

Anche nell'ambito del diritto sulla protezione degli animali vale il principio lampante secondo cui ogni legge è buona soltanto nella misura in cui viene poi effettivamente implementata. L'efficacia delle prescrizioni si determina quindi non già in base al loro contenuto, ma piuttosto in base alla loro effettiva implementazione pratica. Ed è proprio qui che si evidenziano delle gravi lacune, soprattutto nel modo in cui viene applicato il diritto penale in materia di protezione degli animali, ossia nel perseguire e punire i maltrattamenti e i reati affini.

Da un punto di vista numerico tuttavia l'applicazione del diritto penale in materia di protezione degli animali è molto migliorata negli ultimi dieci anni. Se nel 1990 si sono svolti appena 116 procedimenti penali per reati di questa natura, nel 2000 se ne sono registrati già 325, e

nel 2010 addirittura 1063. Nel 2011 si è raggiunto un nuovo record con 1246 procedimenti. È dunque provato che oggi, nel complesso, i reati penali ai danni di animali vengono perseguiti, denunciati e puniti molto più spesso rispetto a pochi anni fa.

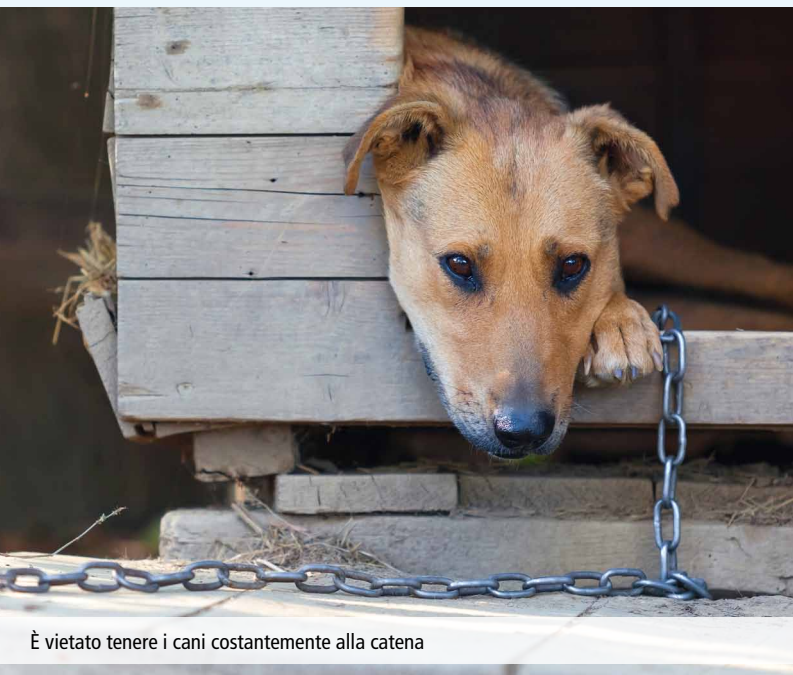
Elevato numero sottostimato di reati sugli animali

Si tratta indubbiamente di sviluppi positivi, che tuttavia non devono illudere: le cifre non ufficiali di casi non presi in esame sono tuttora enormi. Inoltre, questo notevole aumento è riconducibile principalmente all'azione penale portata avanti con particolare scrupolo da alcuni singoli Cantoni, nella fattispecie Berna, San Gallo, Zurigo e Argovia. In numerosi altri Cantoni (ad esempio Glarona, Ginevra, Vallese e nella Svizzera interna), invece, la situazione non è affatto migliorata negli

ultimi anni. Le analisi della prassi penale svizzera in materia, condotte annualmente dalla Fondazione per i diritti degli animali «Stiftung für das Tier im Recht» (TIR) in base alla propria banca dati, rivelano sistematicamente come al perseguimento di questi reati in molte regioni si presti un'attenzione di gran lunga insufficiente. La raccolta elettronica dei casi con oramai circa 10 000 procedimenti penali registrati relativi a reati di protezione animale dal 1982 è consultabile sia al sito www.tierimrecht.org che nelle varie analisi annuali della TIR.

Diversi motivi delle lacune a livello esecutivo

All'origine del deficit a volte drammatico nell'esecuzione ci sono svariati motivi. Uno dei motivi principali consiste nel fatto che le autorità competenti spesso



È vietato tenere i cani costantemente alla catena



L'allevamento intensivo di maiali spesso diffuso in Svizzera. Ma le autorità distolgono lo sguardo

non vengono nemmeno a conoscenza dei reati sugli animali perché questi succedono di nascosto oppure in luoghi protetti dei responsabili – i quali non di rado coincidono con gli stessi detentori degli animali interessati. Purtroppo, inoltre, gli eventuali testimoni oculari spesso rinunciano a sporgere denuncia.

Ma anche i delitti denunciati agli organi di perseguimento penale oppure da loro stessi individuati, non vengono sempre esaminati in modo coerente, anche se questo dovrebbe succedere nel caso di qualsiasi delitto relativo alla protezione degli animali – e non solo su richiesta del detentore dell'animale. Tuttavia le situazioni sospette non vengono spesso esaminate per niente o solo in modo superficiale nell'ambito dell'accertamento da parte della polizia o del procuratore. Spesso le autorità competenti non solo non dispongono di sufficiente personale e di tempo, ma non possiedono nemmeno le necessarie conoscenze in materia di diritto sulla protezione degli animali. A volte manca però anche semplicemente l'interesse nei confronti di questa problematica.

È necessaria un'implementazione coerente delle disposizioni penali

Contro una coerente esecuzione penale relativa ai delitti sugli animali è anche la

prassi di parecchi servizi veterinari di affrontare delle infrazioni della legge solamente per via amministrativa o in un colloquio personale con il detentore colpevole senza denunciarle parallelamente – sebbene sarebbero chiaramente obbligati a farlo. Senza dubbio gli strumenti amministrativi (sottrazione di permesso, sequestro, divieto di detenzione di animali ecc.) sono i più efficaci per la protezione immediata degli animali. In molti casi in questo modo è possibile reagire subito a eventuali abusi. Per gli animali interessati le rispettive misure sono quindi irrinunciabili; ma queste misure non sostituiscono un appropriato perseguimento di delitti già perpetrati (lo stesso vale naturalmente anche se il detentore colpevole viene punito con delle riduzioni di sovvenzioni). Nel caso di reati è quindi necessario portare avanti un procedimento penale contro l'autore, oltre ad un procedimento amministrativo mirato alla diretta protezione degli animali. Questa coerente applicazione delle disposizioni penali non serve solo ad attirare l'attenzione della società verso un rispettoso trattamento degli animali, ma sprigiona anche un forte effetto preventivo volto a impedire ulteriori infrazioni contro il diritto degli animali.

Altre mancanze nell'esecuzione si dimostrano nell'esame e nella valutazione giu-

diziaria di delitti relativi alla protezione animale. Non è raro che le autorità competenti abbiano pochissima familiarità con le relative disposizioni – la conseguenza è una prassi penale a volte molto poco unitaria. Certi illeciti non trovano quasi mai applicazione, altri proprio mai. A tutt'oggi, ad esempio, non è mai stato avviato alcun procedimento per l'allevamento di animali in condizioni di tortura, onnipresente nelle forme più disparate nonostante il diritto vigente ne faccia espresso divieto. Le reticenze perdurano, ad esempio, anche per quanto riguarda l'applicazione dell'articolo sul maltrattamento di animali negli sport equestri, l'esecuzione della protezione della dignità degli animali o ancora il divieto di atti sessuali con animali (zoofilia). Alla fin fine le sanzioni applicate sono spesso troppo leggere e di conseguenza né proporzionate alle sofferenze degli animali interessati, né sufficienti a fungere da deterrente per l'autore del reato e la società nel suo insieme.

Necessità d'intervento urgente

Nell'esecuzione del diritto penale in materia di protezione degli animali si registra quindi sempre la necessità di un intervento urgente. Non è accettabile che i delitti relativi alla protezione degli animali continuino ad essere minimizzati



Seppure l'allevamento di animali in condizioni di tortura sia vietato in Svizzera, finora non c'è stata nessuna condanna per questo reato!

proteggendo i delinquenti anziché le vittime. In alcune realtà nel frattempo si è già verificato il necessario cambio di coscienza e sono riconoscibili chiari miglioramenti, ma per la totale eliminazione del tuttora notevole deficit è necessaria un'ulteriore sensibilizzazione alla questione degli animali e all'importanza del diritto sulla loro protezione. Le torture degli animali non sono trasgressioni minori, ma devono essere perseguite caso per caso alla stessa stregua dei delitti contro il corpo e la vita degli essere umani. Questo vale anche per le indagini della polizia che sono di fondamentale importanza per l'accertamento di prove e quindi per tutto il procedimento penale di protezione animale. E lo stesso vale naturalmente anche per le denunce e le segnalazioni da parte della popolazione.

Le autorità competenti hanno il dovere di implementare il diritto relativo alla protezione animale non solo in modo più severo, ma anche più chiaro e uniforme di quanto è avvenuto finora. L'interpretazione corretta e l'applicazione delle relative disposizioni richiedono conoscenze specifiche. Per dotare gli uffici nevralgici (autorità veterinarie, polizia, procure e tribunali) di persone impegnate e competenti, è irrinunciabile la loro formazione approfondita in materia di protezione animale e diritto di protezione animale.

Un problema fondamentale per l'esecuzione sta inoltre nel fatto che nella maggior parte dei cantoni manca una specifica rappresentazione degli interessi degli animali – che per la loro natura non possono difendere autonomamente i loro interessi. Non si può quindi parlare di parità di strumenti di lotta tra vittime e autori che è alla base di un procedimento penale. La responsabilità della creazione di strutture e di strumenti appropriati per l'applicazione del diritto penale relativo alla protezione animale spetta quindi ai cantoni. Da quando questi nel 2010 si sono pronunciati all'unisono contro l'introduzione di difensori di animali in tutta la Svizzera, sono ancora più obbligati a garantire l'esecuzione in un altro modo.

Affinché le disposizioni di per sé chiare in materia di protezione animale e garantite dal diritto penale non restino pura teoria, è necessario affrontare senza ulteriore indugio le lacune evidenziate. Qualsiasi altra cosa sarebbe non solo contro la parola e il senso della Legge, ma anche contro l'inequivocabile volontà della popolazione secondo cui chi maltratta gli animali deve essere punito in maniera adeguata.

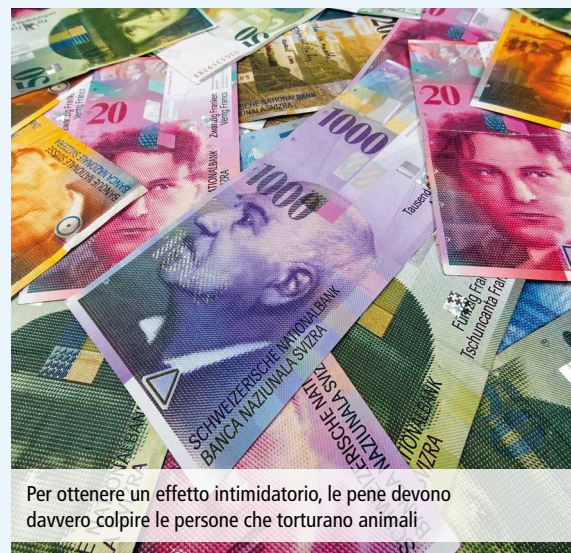
- Dr. iur. Gieri Bolliger
lic. iur. Andreas Rüttimann,
Stiftung für das Tier im Recht (TIR)

STIFTUNG | FÜR DAS TIER IM RECHT

La TIR è un'organizzazione per la protezione animale di utilità pubblica e indipendente che dal 1995 si impegna assiduamente per un miglioramento continuo del rapporto tra uomo e animale. La sua caratteristica unica è che è focalizzata in tutta la Svizzera soprattutto sugli aspetti giuridici. Per approfittare dell'effetto leva del diritto, la TIR elabora le basi solide per delle leggi severe e la loro esecuzione coerente. In questo modo non solo presta aiuto in casi singoli, ma a livello generale e a tutti gli animali.

Tra l'altro ha contribuito in misura notevole a far sì che nel diritto svizzero gli animali non vengano più considerati come cose e che la salvaguardia della loro dignità sia ancorata a livello costituzionale e legislativo. Grazie alla sua vasta attività di propaganda e alla sua ampia offerta di servizi, la TIR si è affermata nel corso degli ultimi anni come centro di competenza per questioni relative agli animali nella legislazione, nell'etica e nella società.

Stiftung für das Tier im Recht (TIR)
www.tierimrecht.org
Conto per donazioni PC 87-700700-7



Per ottenere un effetto intimidatorio, le pene devono davvero colpire le persone che torturano animali